

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

19. Jahrgang 1971

2. Heft/April

KARL DIETRICH BRACHER

## BRÜNINGS UNPOLITISCHE POLITIK UND DIE AUFLÖSUNG DER WEIMARER REPUBLIK\*

Das Erscheinen beziehungsweise Nichterscheinen der Brüning-Memoiren war über Jahrzehnte von Geheimnis und Spekulation umgeben. Davon zeugen noch die Nachrufe auf den Tod des 85jährigen Brüning am 30. März 1970 – auf den Tag 40 Jahre nach seinem wahrhaft historischen Regierungsantritt. Was bedeutet nun die lange verzögerte Publikation der zum größten Teil schon 1934/35 geschriebenen Erinnerungen? Sie haben viele Illusionen zerstört – Illusionen, die sich sowohl um die Person Brünings und seine politischen Möglichkeiten und Ziele wie um den Charakter und die Bedeutung des Präsidialkabinetts von 1930–32 gebildet und bis heute hartnäckig erhalten haben. Sie finden sich noch in der jüngsten Darstellung seines ihm eng verbundenen Ministers Gottfried Treviranus<sup>1</sup> wie in der Festschrift zum 80. Geburtstag des ehemaligen Reichskanzlers<sup>2</sup>. Entgegen manchen neueren Forschungen kehrte hier wie in der Populärliteratur jene Interpretation wieder, die man zugespitzt den Brüning-Mythos nennen könnte. Sein Kern war die Behauptung von der unausweichlichen Notwendigkeit des Brüning-Kurses als der einzigen Möglichkeit zur Überwindung der Krise von Weimar und zur Rettung der Demokratie. Dazu gehörte auch die Legende von dem tragischen Sturz „100 Meter vor dem Ziel“, mit der sein Scheitern erklärt oder auch überdeckt wurde.

Diesen Mythos hat nun Brüning selbst in wesentlichen Teilen widerlegt, und darin liegt die große Bedeutung dieses so wenig sensationellen, eher trockenen Buches für die Geschichtsschreibung wie für die politische Analyse der ersten deutschen Demokratie. Die Kontroversen, die in den fünfziger und sechziger Jahren um die Auflösung der Weimarer Republik geführt wurden, sind nun wesentlich

\* Der folgende Beitrag beruht auf einem Vortrag, den der Verfasser im Rahmen eines Aktuellen Forums der Katholischen Akademie in Bayern zum Thema „Die Brüning-Memoiren in der zeitgeschichtlichen Kritik“ am 13. 2. 1971 gehalten hat. Die Herausgeber behalten sich vor, in dieser Zeitschrift auf wesentliche Fragenkomplexe der Politik Brünings, die durch seine Memoiren in neuem Licht erscheinen, zu einem späteren Zeitpunkt noch näher einzugehen.

<sup>1</sup> Gottfried Treviranus, Das Ende von Weimar, Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf-Wien 1968.

<sup>2</sup> Festschrift für Heinrich Brüning, hrsg. von F. A. Hermens und Th. Schieder, Berlin 1967.

zu modifizieren. Alle Beteiligten haben dabei ihr Bild zu ergänzen und zu ändern, aber am entschiedensten betrifft dies jene Mehrheit von Verteidigern des Brüning-Experiments um Historiker wie Werner Conze, der seinerzeit meine kritische Darstellung der *Auflösung der Weimarer Republik* (1955) als unhistorisch-deterministisch verworfen und dabei freilich selbst die deterministische Auffassung vertreten hat, es habe einen anderen Ausweg aus der Krise nicht gegeben<sup>3</sup>.

Es kann hier nicht die Aufgabe sein, erneut einen historischen Abriß der Auflösung der Weimarer Republik zu geben. Auch ist es nicht möglich, die Memoiren Brünings in ihrem verwirrenden Detailreichtum Kapitel für Kapitel kritisch zu referieren und gegebenenfalls zu widerlegen. Wesentliches ist schon in den ersten größeren Besprechungen charakterisiert worden<sup>4</sup>. Unter drei großen Gesichtspunkten kann man vor allem das umfangreiche Erinnerungswerk sehen:

1. Wie ist der konkrete Informationsgehalt, sind die sachlichen Aufschlüsse über faktische Ereignisse und Zusammenhänge zu beurteilen? Die speziellen Informationen sind so gehäuft und unvermittelt aneinandergereiht, daß der unvorbereitete Leser das in unzählige Einzelheiten zerfallende Buch mit dem Ergebnis schließen mag, vor lauter Bäumen den Wald nicht zu sehen.
2. Was ergibt sich daraus für die Person Brünings und den Stil seiner Politik, deren Wesen man, wie ich meine, unter die paradoxe Formel von der „unpolitischen Politik“ fassen kann?
3. Welches ist die historische Stellung des Brüning-Regimes im Zusammenhang mit der Entwicklung der Weimarer Republik von der parlamentarischen Demokratie zur Präsidialdiktatur und zum Führerstaat?

Die Brüning-Memoiren sind dabei in doppelter Hinsicht aufschlußreich: als ein – gewiß subjektiver – Beitrag aus nächster Nähe zur Rekonstruktion des faktischen Geschehens, zugleich aber auch als die wichtigste Quelle zum Selbstverständnis des historisch entscheidenden Präsidialkabinetts von 1930, mithin zur Entschlüsselung der seit jeher umstrittenen Frage, ob man es beim Brüning-Regime mit einem demokratischen Rettungsversuch oder mit der ersten Stufe einer autoritären Umwandlung zu tun habe, die über Papen zu Hitler führt.

## I

Zunächst ist festzustellen, daß Brünings Bericht über die Zeit seiner Kanzlerschaft, der mehr als zwei Drittel der Memoiren umfaßt, durchaus hohen Informa-

<sup>3</sup> Werner Conze, „Die Krise des Parteienstaats in Deutschland“, in: *Historische Zeitschrift* 178 (1954), S. 47 ff. sowie ebenda 199 (1964), S. 529 ff., und noch in der Brüning-Festschrift: „Die Regierung Brüning“, a. a. O., S. 235 ff. Vgl. meine Stellungnahme in: *Von Weimar zu Hitler 1930–1933*, hrsg. von Gotthard Jasper, Köln 1968, S. 69 f., sowie die Neuauflage meiner *Auflösung der Weimarer Republik*, Villingen 1971.

<sup>4</sup> Zum Beispiel Karl Otmar Freiherr von Aretin, „Ein Reichskanzler im Wettlauf mit der Zeit“, in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 8 v. 9./10. 1. 1971, S. 86; Rudolf Morsey, „Mehr Monarchist als Zentrumsmann“, in: *FAZ* Nr. 257 v. 5. 11. 1970, S. 19; Bernd-Jürgen Wendt, in: *Das Parlament*, Nr. 51/52 v. 19. 12. 1971, S. 14; Ludwig Volk, „Brüning in eigener Sache“, in: *Stimmen der Zeit*, Nr. 187 v. 2. Febr. 1971, S. 123 ff.

tionswert besitzt. Es besteht kaum Anlaß, die sachliche Korrektheit der meisten faktischen Angaben und auch der Gesprächsresumés zu bezweifeln, die uns einen tiefen Blick in die Aktivität und die Auffassungen der beteiligten Personen und Gruppen tun lassen. Die Tag-für-Tag-Rekonstruktion des Geschehens ist freilich von sehr dezidierten Wertungen bestimmt, so daß ein wirkliches Verständnis der Schilderung eine Analyse des politischen Koordinatensystems Brüning voraussetzt. Darin liegt eine besondere Schwierigkeit für jeden Leser, der den Bestseller als ein Geschichtsbuch benutzen wollte. Die Fülle der Einzelinformationen, die auch der Forschung wertvolle Ergänzungen liefert, kann nicht über den entscheidenden Mangel des Buches hinwegtäuschen: daß nämlich die Bedeutung, der Stellenwert und der politische Zusammenhang der geschilderten Ereignisse unklar bleibt und daß als beherrschende Erklärung der bittere Eindruck von individuellen Intrigen und Verschwörungen dient, ohne daß Brüning die selbstkritische Frage stellt, wie dies möglich war und ob nicht gerade die oligarchisch-autoritäre Regierungskonstruktion von 1930 wesentlich dazu beigetragen hat. Bezeichnend ist die Reduzierung vieler Erklärungen auf Versagen oder Verrat einzelner Personen, ist das Fehlen verfassungs- und strukturgeschichtlicher Betrachtung und Einordnung der Zusammenhänge.

Dahinter steht ein im Grunde unpolitischer Begriff des Politischen, ohne den weder der Ductus der Memoiren noch der Charakter des Brüning-Regimes verständlich wäre. Es ist ein Begriff des Politischen, der die Bedingungen und Möglichkeiten politischen Planens und Handelns in der modernen Massengesellschaft verkennt – einer Gesellschaft, in der alle Politik sich demokratisch oder pseudo-demokratisch strukturiert, selbst autoritäre oder totalitäre Herrschaft. Brüning's Auffassung von Politik, wie sie in den Äußerungen der Kanzlerzeit ebenso wie in seinem nachträglichen Selbstverständnis hervortritt, steht in der Tradition einer deutschen Staatsauffassung, die auf der qualitativen Trennung von Parteipolitik und Staatspolitik, auf dem Vorrang des Staates vor der Demokratie beruht<sup>5</sup>. Diese Trennung war charakteristisch für die Struktur des Kaiserreichs von 1871 und seine inneren Spannungen zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen sozioökonomischer Emanzipation und innenpolitischer Stagnation. Der Burgfriede im Ersten Weltkrieg erschien als die große Bestätigung eines spezifisch deutschen Staatsmythos, der sich bewußt gegen die westlich-demokratische Relativierung des Staatlichen abhob. Konservative, Liberale und teilweise sogar Sozialdemokraten waren davon bestimmt; Thomas Manns „Bekenntnisse eines Unpolitischen“ von 1918 sind ein besonders markantes Zeugnis.

Niederlage, Revolution und Republik haben daran wenig geändert: die Kontinuität war auch in dieser Hinsicht stärker als der Neuanfang. Freilich rückte nun, mit der Änderung der politischen Strukturen und der Herrschaft eines parlamentsdemokratischen Parteienstaats, das Ideal des Staates über den Parteien in den Bereich der Fiktionen, die gegen die Realitäten republikanischer Partei- und Koali-

<sup>5</sup> Vgl. K. D. Bracher, „Staatsbegriff und Demokratie in Deutschland“, in: Politische Vierteljahresschrift 9 (1968), S. 2ff.

tionspolitik, schließlich gegen die Demokratie von Weimar selbst ausgespielt wurden. Aber dies geschah mit um so größerer Wirkung, je schwerer die inneren Regierungsprobleme und die äußeren Hypothesen erschienen, die der Republik angelastet wurden. Neben der romantischen Verherrlichung der glanzvolleren Monarchie wurde das Verlangen nach Sicherheit, Ordnung und sachlicher Bewältigung der Probleme mit dem überparteilichen Staat identifiziert, wurden Sachlichkeit und Politik einander konfrontiert.

Auch die Zentrumsparlei, die doch zeitweilig wie der demokratische Liberalismus unter dem vordemokratischen Staatsbegriff und seiner autoritär-obrigkeitsstaatlichen Ausprägung schwer zu leiden hatte, blieb bei aller Interessenbindung gesellschafts- und kulturpolitischer Art in einer ambivalenten Stellung zwischen politisch-parlamentarischer Praxis und trans-demokratischem Staatsbegriff befangen<sup>6</sup>. Im breiten Bürgertum und selbst in der Weimarer Verfassungstheorie dominierte das Schlagwort von der Überparteilichkeit, das Gustav Radbruch damals so treffend die „Lebenslüge des Obrigkeitsstaates“ genannt hat.

Brüning gehört geradezu paradigmatisch in dies Bezugssystem. Mit dem Erlebnis des Krieges und dem Aushalten gegen die Revolution beginnen die Memoiren, und dieser Zusammenhang ist bezeichnend für den weiteren Verlauf. Die Rolle, die Brüning damals beim Schutz der OHL Hindenburgs und des Kaisers gespielt hat oder zu spielen glaubte, bleibt ihm ein Maßstab für das Folgende. Der 9. November 1918 war bei allen Unterschieden der gemeinsame neuralgische Punkt für Hindenburg und Brüning. Wiederholt kommen ihre Gespräche darauf zurück: es war für beide der bestimmende Erlebnishorizont<sup>7</sup>. Die zwei Hauptkomponenten der Brüningschen Staatsauffassung, die romantisch-konservative und die sachlich-asketische, sind in diesem Ansatz enthalten. Sie treten dann auch in den beiden wohl entscheidenden Bezugspunkten der Politik des Reichskanzlers hervor: erstens in der wider besseres Wissen eingegangenen und festgehaltenen Bindung des ehemaligen Kriegsoffiziers an den Feldmarschall und Oberkommandierenden von 1918, zugleich Verkörperung des Staates im vordemokratischen Sinne; und zweitens in der Fixierung auf ein vermeintlich überparteiliches, allein der „sachlichen“ Lösung verpflichtetes Regime. „Überparteiliche Gremien“, einflußreiche „Querverbindungen“ der oft gelobten „Frontkämpfergeneration“, Respekt vor dem Militärischen, Gemeinwohl statt Parteipolitik, das waren Begriffe und Bezugspunkte, die Brünings politisches Weltbild und Wertesystem bestimmen, auch ganz unreflektiert noch in den Memoiren. Jenseits der bloßen Politik lag denn auch der Anstoß zum Beschreiten des Weges, der vom parlamentarischen zum bürokratisch-autoritären System führte, wie Brüning in einem Brief damals selbst bekannte: „Dem Appell des Herrn Reichspräsidenten an mein soldatisches Pflichtgefühl konnte ich mich aber letzten Endes nicht entziehen.“<sup>8</sup> Solche Formulierungen sind in ihrer Offenheit bezeich-

<sup>6</sup> Dazu Rudolf Morsey, *Die deutsche Zentrumsparlei 1917-1923*, Düsseldorf 1966, S. 196 ff., 607 ff.

<sup>7</sup> Brüning, *Erinnerungen*, S. 34.

<sup>8</sup> Bei Rüdiger Robert Beer, *Brüning*, Berlin 1931, S. 54.

nend für Brüning betonte Zugehörigkeit zur „Generation der Frontkämpfer“ und für die tiefe Enttäuschung, unter der die späteren Äußerungen Brüning und nun vor allem die Erklärungen und Wertungen in seinen Memoiren stehen.

Zu den beiden Motiven der Staatsbindung (mit der Konsequenz des Hindenburg-Kurses) und des Sachlichkeitsethos (mit der Fixierung auf eine nur-ökonomische Durchhaltepolitik in der Wirtschaftskrise) kommt noch ein weiteres Element der außerdemokratischen Politik- und Staatsauffassung Brüning: die Überzeugung von dem Primat der Außenpolitik. Daß gute Verwaltung die beste Innenpolitik sei, daß ihr die Außenpolitik vorgeordnet sei, weil sie über das Schicksal der Staaten und Völker entscheide – dieser Leitsatz hatte den Beifall der meisten deutschen Historiker und Publizisten, die nach dem Scheitern von 1848 und unter dem Eindruck der Erfolge Bismarcks mehr an äußerer Machtpolitik als an Innenpolitik, Parteiengeschichte oder demokratisch-parlamentarischer Entwicklung orientiert waren. Im Kaiserreich diente die Auffassung, daß wahre Politik Außenpolitik sei, der Ablenkung der inneren Spannungen nach außen. In der Weimarer Republik war es die Fixierung auf den Versailler Vertrag als die vermeintliche Wurzel allen Übels, die die demokratische Innenpolitik belastete und einen radikalen Revisionismus begünstigte. Aber auch die gemäßigten Politiker standen im Bann oder unter dem Druck dieser Auffassung – mit der Konsequenz, daß weithin die Demokratie nur als Notlösung und Intermezzo bis zur äußeren Befreiung und Restauration des Reiches durch Revision betrachtet wurde. Für Brüning, den gelehrten National-ökonom und Finanzfachmann seiner Partei, war der Zusammenbruch von 1918 ebenso gegenwärtig wie die Überzeugung von der äußeren, durch Versailles und die Reparationen bedingten Verursachung der Wirtschaftskrise. So verband er außenpolitisches Primatdenken mit einem ökonomischen Spar- und Durchhaltekonzept: der Nachweis der deutschen Zahlungsunfähigkeit im weiteren Verlauf der Krise galt ihm als wichtigste Voraussetzung der Vertragsrevision. Das bedeutete freilich, daß aktive Innenpolitik zugunsten verwaltungs-, budget- und wirtschaftstechnischer Maßnahmen und ohne Rücksicht auf deren psychologische Auswirkungen verdrängt wurde. Ein Verständnis für die eminente Bedeutung der öffentlichen Meinung und ihrer politischen Gestaltung hatte hier keinen Platz.

Dies waren einige der wesentlichen Vorbedingungen oder auch Vorbelastungen des präsidential-autoritären Regierungskurses, den Brüning Ende März 1930 inmitten der Wirtschaftskrise begann. Dieser Kurs war aber, entgegen der bisherigen Legende von der Zwangsläufigkeit der Brüninglösung, schon ein Jahr vorher mit Schleicher und noch konkreter um Weihnachten 1929 mit Groener, Meißner, Treviranus und Hindenburg selbst geplant worden – also lange vor dem Zusammenbruch der Großen Koalition und wohl nicht ohne Wirkung auf ihr Schicksal. Die Memoiren Brüning lassen den Zusammenhang deutlich erkennen. Auch die Motive der Beteiligten treten bemerkenswert offen hervor. Etwas vereinfacht könnte man unterscheiden zwischen den langfristigen Elementen Brüning'scher Staatsauffassung – konservatives Politik- und Demokratieverständnis, monarchisch-militärische Reminiszenzen, asketisches Arbeits- und Pflichtethos –, und den sachlich-zeit-

bedingten Konzeptionen seiner praktischen Politik: den Möglichkeiten eines über- oder antiparlamentarischen Notstandsregimes, dem Hindenburg-Mythos, der Neutralisierung innenpolitischer Konflikte durch außen- und revisionspolitische Erfolge. Freilich hing diese Politik nicht allein von den Vorstellungen und Fähigkeiten Brünings ab: nicht minder wichtig war die Tatsache, daß er seine Berufung in erster Linie den autoritären Plänen um Hindenburg und die Reichswehrführung verdankte. Von ihnen wurde er abhängig im selben Maße, in dem er sich von demokratischer Innenpolitik unabhängig zu machen suchte. Teils bewußt, teils unbewußt ist er so vom vermeintlichen Retter der Republik zum ersten ihrer Liquidatoren geworden.

## II

Betrachten wir unter diesen Gesichtspunkten die Aussagen und Wertungen in Brünings großem Bericht, so treten vor allem sechs Komplexe hervor:

1. Die vorrangige und einseitige Fixierung auf Versailles und seine Überwindung.
2. Die Überzeugung von der notwendigen Reduzierung des parlamentarischen Systems zugunsten einer Monarchie Bismarckscher Prägung.
3. Die negative Beurteilung des demokratischen Pluralismus überhaupt, der Partei- und Verbändepolitik, des Parlamentarismus und der öffentlichen Meinung.
4. Die ambivalente, aber zutiefst abhängige Stellung zu Hindenburg und zur Reichswehrführung, den Pfeilern seines Regimes.
5. Die Orientierung an einer künftigen Reichsordnung zwischen Demokratie und Diktatur, von der auch die intendierte Schwenkung nach rechts und Brünings Schwanken zwischen schwacher Gegnerschaft zur NSDAP und seinen mißlungenen Versuchen zu einer Zähmung der Hitlerbewegung bestimmt wird.
6. Schließlich der Epilog zum Ende der Republik und der Zentrumspartei, in dem das kritische Verhältnis zum Parteiführer Prälat Kaas und zur Konkordatspolitik des Vatikans besonders hervortritt.

Wenn Karl Otmar von Aretin in seiner Besprechung den deprimierenden Eindruck der Memoiren in die Feststellung faßt: „dieser Staat war nicht zu retten“, dann trifft dies nicht zu für das Frühjahr 1930, wohl aber für das Ergebnis der nun folgenden Intrigenherrschaft hinter oder im Gewande sachlicher Staatspolitik. Sie hat das Machtvakuum von 1932 und die Chance für die nationalsozialistische Machtergreifung hinterlassen. Daß eine parlamentarisch-demokratische Lösung der Krise aber 1930 unter keinen Umständen mehr möglich gewesen sei, diese so apodiktisch verbreitete Behauptung wird durch die Umstände der Berufung Brünings und nun auch durch seinen eigenen Bericht keineswegs bestätigt. Meine These vom inneren Machtverlust der parlamentarischen Demokratie, die durch den Brüningkurs wesentlich beschleunigt, von den Protagonisten einer rechten Präsidialdiktatur bewußt verschärft wurde, findet Rückhalt in den überraschend offenen Äußerungen, mit denen Brüning seine eigenen dezidierten Pläne zur bewußten Umwandlung der parlamentarischen Parteiendemokratie in eine autoritäre Monar-

chie unter der Regentschaft Hindenburgs dokumentiert<sup>9</sup>. Daraus erklärt sich schon die Leichtigkeit, mit der sich Brüning, nicht zuletzt durch Hindenburgs soldatischen Appell, zu der antiparlamentarischen Konstruktion eines Präsidialkabinetts mit der Waffe des Artikels 48 und der Reichstagsauflösung überreden ließ. Wir wissen jetzt von Brüning selbst, daß dieser autoritäre Umbau des Staates von langer Hand vorbereitet und nicht etwa erst die Folge einer angeblich ausgeweglosen Regierungskrise war. Ohne Parteienverhandlungen und ohne die Prüfung von Alternativlösungen stand das neue Regime bereit: unmittelbar nach dem Sturz der Mehrheitsregierung Hermann Müllers, dem Hindenburg soeben den Einsatz des Art. 48 betont verweigert hatte. Der Versuch zu einer parlamentarischen Regierungsbildung ist bewußt unterlassen worden, weil Hindenburgs Bedingung die Orientierung nach rechts und die Ausschaltung der SPD, das eigentliche Ziel die autoritär-antiparlamentarische Reform war.

Ein halbes Jahr später, nach der verhängnisvollen Reichstagsauflösung vom Sommer 1930, war die parlamentarische Mehrheit vor den Nationalsozialisten bereits dahingeschmolzen. Aber mit diesem späteren Engpaß, der ja wesentlich eine Folge des neuen Kurses war, kann man die angebliche Unausweichlichkeit der Brüninglösung heute nicht mehr begründen. Klar treten die transparlamentarischen Intentionen der präsidialen Regierungsmacher hervor – und zugleich die fundamentale Verkehrung, ja der Mißbrauch der präsidialen Machtbefugnisse. Ursprünglich zum Schutz der Demokratie konzipiert, wurden sie nun gegen diese gewendet. Darin mag man überhaupt eine verhängnisvolle Folge der dualistischen Struktur des Weimarer Staates sehen, aber jedenfalls verbietet sich die beliebte formalistische Argumentation, Hindenburg habe nichts anderes getan als Ebert 1923. Nun ging es beim Einsatz der Präsidialgewalt nicht mehr um die Rettung der Demokratie, sondern um die bewußte Planung eines parteien- und parlamentsunabhängigen Rechtsregimes und um die Ausschaltung des Einflusses der Sozialdemokraten, deren Tolerierungspolitik Brüning lobt, ohne an ihre Einbeziehung in eine politisch verantwortliche Führung zu denken. Im weiteren diente die Präsidialgewalt dann auch zur Ersetzung Brünings durch die Papen-Schleicher-Oligarchie und schließlich zu der illusionsträchtigen Stützung des Hitler-Papen-Regimes mit den Notverordnungen des Februar 1933 – den eigentlichen Voraussetzungen des fatalen Ermächtigungsgesetzes.

Eine objektive Kontinuität ist hier kaum mehr zu leugnen, und 1930 bildet einen

<sup>9</sup> „Als die wichtigste“ seiner fünf Hauptaufgaben bezeichnete er Hindenburg im Frühjahr 1931, „Schritt für Schritt im Rahmen der Verfassung bleibend, die Autorität des Staatsoberhauptes gegenüber dem Parlamente so zu stärken, daß mit Ausnahme eines in der Anwendung beschränkten Mißtrauensvotums das Staatsoberhaupt die Zusammensetzung der Regierung im wesentlichen bestimmen könne“. Im Herbst 1931 erklärte Brüning dem Reichspräsidenten: „Ich sei bis heute, ohne an die Verfassung zu rühren, in anderthalb Jahren so weit gekommen, daß ich die Machtbefugnisse des Parlaments – mit Ausnahme des noch bestehenden Mißbrauchs der Anträge auf Entziehung des Vertrauens – auf den Stand der Bismarckschen Zeit zurückgeführt, aber gleichzeitig ihm, dem Staatsoberhaupt, eine größere, tatsächliche Machtfülle geschaffen habe, als sie der Kaiser früher je besaß.“ Memoiren, S. 274, 387.

entscheidenden Einschnitt. Wohl ist die subjektive Überzeugung Brüning's weit von dieser realen Entwicklung entfernt. Arnold Brecht hat geltend gemacht, daß „selten . . . eine Regierung in ihrem Urteil mit besserem Gewissen geirrt [hat] als die Regierung Brüning“<sup>10</sup>. Auch hat Brüning stets an der parlamentarischen Anlehnung seiner von den demokratischen Parteien tolerierten Notverordnungsregierung festgehalten. Eben deshalb wurde er von seinen enttäuschten Partnern um Hindenburg letztlich gestürzt. Erst der bedenkenlose Papen hat forsch die Hürde zur antiparlamentarischen Präsidialdiktatur genommen und ist schließlich auf die Führerdiktatur losgaloppiert. Aber gerade die Vertrauenswürdigkeit Brüning's hat doch die erste Stufe dieser Entwicklung ermöglicht. Bethmann Hollweg vergleichbar, hat er sich den Konsequenzen seiner Rolle als brauchbare Zwischenfigur nicht zu entziehen und die langfristigen Auswirkungen nicht zu kontrollieren vermocht. Er hat gewiß *diese* Konsequenzen nicht gewollt und sich später, wohl zu spät, gegen sie gewandt. Er gehört in die damals so stattliche Reihe derer, die dem Gedanken eines dritten Weges zwischen Demokratie und Diktatur, am ehesten der monarchischen Restauration auf der Basis des entwickelten Präsidialregimes, Raum gegeben haben. Aber welchen Realitätsgehalt hatte dies in einem Land, in dem unterdessen eine vernachlässigte Innenpolitik die wachsende Unruhe der Massen nicht mehr zu integrieren vermochte, während diese von radikalen Bewegungen zu systemsprengenden Alternativen mobilisiert wurden?

Brüning schweigt zu diesem Problem, dem Grundproblem seiner ganzen Politik. Die Massen sind für ihn kein Faktor der Politik, die innenpolitische Krise stellt sich ihm als ein Problem der Außenpolitik und der richtigen Finanzpolitik dar, die tiefe Vertrauenskrise seines eigenen Systems endlich sieht er fast ausschließlich als personale Bedrohung seines Verhältnisses zu Hindenburg und der Kamarilla. Es war, mit Ernst Deuerlein zu sprechen, „Kabinettspolitik mehr des 18. als des 19. Jahrhunderts, die keine mündigen Bürger, sondern zu Gehorsam verpflichtete Untertanen kannte“<sup>11</sup>. Sie verkannte und verschärfte die radikale Dynamik der Massen in der Krise. Man kann die Mischung von Illusion und Resignation, mit der Brüning die Widerlegung seines Kurses erfährt, wohl nur aus der Fixierung auf eine vordemokratische Staatsauffassung erklären, die weder der Realität einer massendemokratischen Gesellschaftsbewegung gewachsen war noch die Möglichkeit eines totalitären Herrschaftsystems zu erfassen vermochte. Er bleibt auch nachträglich dabei, daß sein krisenverschärfender Kurs des Durchhaltens der Krise notwendig und richtig war, und daß er letztlich nur an den Intrigen des Hindenburgkreises, dem Verhalten einiger Wirtschaftsführer und der Ungeduld der deutschen Öffentlichkeit knapp gescheitert sei. Arbeitslosigkeit und Bankenkrise, Verzweiflung und Radikalisierung waren ihm notwendige Stufen auf dem Wege zur äußeren Revision und zur inneren Stabilisierung. Ihre katastrophalen innenpolitischen Auswir-

<sup>10</sup> Arnold Brecht, Vorspiel zum Schweigen, Wien 1948, S. 61.

<sup>11</sup> Ernst Deuerlein, „Heinrich Brüning und seine Memoiren“, Sendung des WDR vom 11. 1. 1971, Manuskript S. 30f.



kungen hat sein rigoroser Zeitplan verkannt, mit dem er die deutsche Bevölkerung ebenso überforderte wie seine eigene machtpolitische Stellung, die entsprechend seiner eigenen Option eben nicht mehr auf dem Parlament und den Parteien beruhte, sondern auf dem schwankenden „Vertrauen“ Hindenburgs und seiner unverantwortlichen Ratgeber. Dies vermeintliche Vertrauensverhältnis, von der Hindenburgseite kalt genutzt und dann gebrochen, bietet wohl die tiefste persönliche Erklärung für den Weg und das Scheitern Brüning's.

Auch hier sind seine Memoiren bei aller Offenheit und Detailliertheit des Berichts nicht bis zur Erkenntnis des Widerspruchs und der Brüchigkeit der Regierungskonstruktion von 1930 durchgestoßen. So wenn Brüning wieder und wieder die unverantwortlichen Intrigen Schleichers oder des Präsidentensohns Oskar bloßlegt, Hindenburg selbst aber schont und an dem grundlegenden Vertrauens- und Treueverhältnis festhält; oder wenn er die politische und schließlich auch geistige Unfähigkeit des altersschwachen Reichspräsidenten beklagt und zugleich als mildernden Umstand anführt, aber trotz allem seine Wiederwahl oder auch die monarchische Restauration darauf zu gründen sucht – nur um festzustellen, daß der Greis entweder den indiskutablen Wilhelm II. oder gar den alten preußischen Absolutismus wiederhaben will. Die tiefe Widersprüchlichkeit dieses Treuekomplexes, der allen politischen, religiösen oder charakterlichen Unterschieden zwischen Hindenburg und Brüning spottet, läßt sich auch mit Brüning's Staatsauffassung allein nicht erklären; sie bleibt der irrationale Kern einer noch so rationalen, nüchternen Konzeption von Sachpolitik. Mit dieser brüchigen Basis seiner Politik, die wesentlich auf die Erlebnisstruktur aus Kriegs- und Revolutionszeit zurückgeht, setzt sich Brüning nirgends in den Memoiren auseinander, soviel Material diese zur Entschleierung des Hindenburgmythos und zugleich des Präsidalexperiments bieten.

Darin, in dieser unpolitischen Fixierung, und nicht in dem zweifelhaften Dictum von den letzten hundert Metern, scheint mir die Tragik des Mannes und der Grund seines politischen Scheiterns zu liegen. Von dem Augenblick an, da das Verhältnis zu Hindenburg und den Plänen seiner Umgebung gelöst ist, schärft sich Brüning's Blick für die tatsächlichen Zusammenhänge und Gefahren der Entwicklung. Der Schluß des Buches hebt sich deutlich von der breiten Schilderung der Regierungszeit ab. Er hat nicht mehr die Dichte des Regierungsberichtes. Es bleiben auch hier viele problematische Punkte, nicht zuletzt die Frage einer Koalition mit Hitler im Sommer 1932, dessen Bewegung Brüning allzu lange als bloße nationale Rechtspartei verkannte, so wie er auch Mussolini besondere Hochschätzung zollte. Kein Wort finden wir ferner über die Reichstagsbrandverordnungen und die entscheidende Rolle des Art. 48 im Prozeß der NS-Machtergreifung. Aber schärfer als andere, vor allem als Ludwig Kaas, dessen fragwürdige Rolle sehr kritisch beleuchtet wird, betont Brüning die verhängnisvolle Bedeutung der Vorgänge um das Ermächtigungsgesetz und das Reichskonkordat. Nachprüfung verdienen die bitteren Bemerkungen zu dem oft bestrittenen Zusammenhang zwischen den Konkordatsplanungen und der Durchsetzung des Einparteienstaates, die ich einst etwas

pointiert als Dolchstoß in den Rücken der Zentrumspartei bezeichnet habe<sup>12</sup>. Brüning sieht darin zugleich einen Dolchstoß gegen den beginnenden protestantischen Widerstand. Und er erinnert sich, er habe den nach Rom abgegangenen Kaas vor dem Abschluß des Konkordats gewarnt, „da es an sich wertlos sei, mit absoluter Sicherheit das Ende der Zentrumspartei bedeute, . . . nach Vernichtung des Zentrums von der Regierung auch nicht gehalten werde, weil der Wortlaut viel zu schillernd sei“ (S. 671 f.). Schließlich berichtet er, Kaas habe dem Zentrumsabgeordneten Joos auf dessen telephonische Bitte, den Konkordatsabschluß und damit die Auflösung des Zentrums aufzuhalten, scherzend gesagt: „Habt ihr euch noch nicht aufgelöst? Macht doch schnell!“ (S. 673 f.). Die Illusion freilich, daß Hitler bald abwirtschaften werde, teilte Brüning damals mit fast allen Politikern; bei ihm stand sie wiederum unter dem spezifischen Akzent, daß die Nationalsozialisten den sachlichen Problemen des Regierens, insbesondere der Wirtschaftspolitik, nicht gewachsen seien.

Brüning kann sich auch hier und zum Schluß von der unpolitischen Vorstellung der bloßen Sachpolitik nicht freimachen, auch nicht nach den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit und im Angesicht der brutalen Realpolitik und Verführungstechnik der neuen Herren. Die Probleme einer demokratischen Innenpolitik in der Krise hatte er tief unterschätzt, indem er sie auf außen- und finanzpolitische Sachfragen reduzierte. Die Perspektiven eines totalitären Regimes lagen seinem traditions- und sachbezogenen Staatsethos noch ferner. In einem Chaos von Intrigen, kurzsichtigen Interessen und langfristiger Verblendung hat er zäh und unbestechlich an seinem Kurs festgehalten. Aber die Tragik war, daß er gerade durch diesen Kurs und seine Stützung auf die Hindenburg-Camarilla selbst zum Abbau der parlamentarischen Demokratie und zur Auflösung der Republik, zur Gewöhnung an oligarchische und autoritäre Politik beigetragen hat.

Von beiden Zügen, von der persönlichen Intensität und Ehrlichkeit wie von der Begrenztheit, der starren Fixiertheit und Verwundbarkeit seiner Politik geben die Memoiren bei aller Kargheit des Ausdrucks ein plastisches Bild. Ihr Informationswert ist trotz Irrtümern, Lücken und einer unzulänglichen Einordnung der Fakten weit größer als der irgendeines Erinnerungswerkes unserer Zeitgeschichte. Sie sind Welten entfernt von den verzerrenden Apologien Papens oder Schachts. Aber ihr unmittelbarer und wohl bleibender Eindruck ist auch deprimierender, als ihn irgendeine spätere historisch-politische Analyse hervorbringen könnte.

Die paradoxe Formel von der „unpolitischen Politik“, mit der ich einen Grundzug der Brüningischen Politik zu umschreiben und erklären versucht habe, entspricht dem paradoxen Charakter dieser Politik. Sie schwankte zwischen der Verteidigung einer bürokratischen Version des Rechtsstaats und der Vorbereitung der Diktatur. Im Zeichen des Topos von der überparteilichen Sachlichkeit hat sie die deutsche Abneigung gegen parteienstaatliche Demokratie verschärft, die Entwöhnung von parlamentarischer Politik besiegelt und dadurch geradezu für das Gegen-

<sup>12</sup> Nationalsozialistische Machtergreifung und Reichskonkordat, Wiesbaden 1956, S. 60.

teil einer überparteilichen Regierung Raum geschaffen: für die Heraufkunft eines Systems von radikaler Parteilichkeit und totalitärer Politisierung. Der Glaube, den Rechtsstaat auch ohne Demokratie erhalten zu können, erwies sich als fatale Illusion. Brüning war nicht, wie auf dem Umschlag seiner Memoiren zu lesen ist, der letzte Kanzler vor der Auflösung der Weimarer Republik, er war der erste Kanzler im Prozeß dieser Auflösung der deutschen Demokratie.